

**Autor:** Olaf Preuß  
**Seite:** Online 17.01.2023 14:21 Uhr  
**Ressort:** Regionales

**Mediengattung:** Online News  
**Visits (VpD):** 4,59 (in Mio.)<sup>1</sup>  
**Unique Users (UUpD):** 0,622 (in Mio.)<sup>2</sup>

**Rubrik:** Regionales

**Weblink:** <https://www.welt.de/regionales/hamburg/article243241093/Ausbauziele-bis-2030-Die-deutschen-Werften-brauchen-ein-Turbo-Programm-fuer-die-Offshore-Windkraft.html>

<sup>1</sup> von PMG gewichtet 11-2022

<sup>2</sup> gerundet agof ddf Ø-Tag 2022-10 vom 12.12.2022, Gesamtbevölkerung 16+

## Ausbauziele bis 2030

# Die deutschen Werften brauchen ein Turbo-Programm für die Offshore-Windkraft

Um die vom Bund beschlossenen Ziele zu erreichen, muss der Aufbau von Windparks auf See in diesem Jahrzehnt extrem beschleunigt werden. Doch es mangelt an etlichen Voraussetzungen dafür - vor allem an den deutschen Küsten selbst.

Genau 1539 Offshore-Windturbinen unterschiedlicher Größe speisten Ende 2022 Strom in das deutsche Netz ein. Sie stehen für eine installierte Gesamtleistung von 8136 Megawatt (8,13 Gigawatt) im deutschen Teil der Nordsee und der Ostsee. Das berichteten die Verbände und Netzwerke der Offshore-Windkraft-Industrie am Montag zum Stand und den Perspektiven der Branche. Bis zum Jahr 2030 sollen in den deutschen Gewässern 30 Gigawatt installiert sein, dies ist das politische Ziel der Bundesregierung.

Im vergangenen Jahr wurden 38 Windturbinen mit 342 Megawatt Leistung installiert und an das Landnetz angeschlossen. Legt man die 2022 durchschnittlich neu installierte Leistung je Anlage von neun Megawatt zugrunde, müssten bis zum Ende des Jahrzehnts weitere 2429 Windturbinen in der deutschen Nord- und Ostsee stehen. Selbst dann, wenn die gesamte Differenz mit der künftig verfügbaren 15-Megawatt-Klasse installiert würde, bräuchte man dafür weitere 1458 Maschinen. Die heutzutage installierte Leistung wurde in den zurückliegenden 14 Jahren seit 2009 aufgebaut. Für eine annähernd gleiche Zahl von Maschinen hätte die Branche nun weitere acht Jahre Zeit.

Schon diese einfache Rechnung zeigt, wie stark die Offshore-Windkraft-Branche in Deutschland unter Druck steht, die großen Zielmarken zu erreichen - 30 Gigawatt bis 2030, 40 Gigawatt bis 2035 und 70 Gigawatt bis 2045. Vor

allem das Zwischenziel 20230 erscheint extrem anspruchsvoll, denn es mangelt an fast allem: an Schiffen, an Personal, an verfügbaren Schwerlastflächen an den deutschen Küsten, und vor allem auch an industrieller Kapazität: Die deutschen Werften sind am Offshore-Windkraft-Markt längst nicht mehr aktiv. "Die für das Erreichen der Ausbauziele notwendigen Produktionskapazitäten und Fachkräfte fehlen bisher in substantiellem Maße", heißt es in einer gemeinsamen Erklärung der Branche vom Montag. "Ein Plan allein reicht hier nicht. Wir müssen gemeinsam mit der Politik umgehend eine realistische Grundlage für die Umsetzung der Ausbauziele im Bereich Windenergie auf See für Strom und grünen Wasserstoff schaffen."

Die Zeit drängt, denn allein in Europa sollen bis 2030 insgesamt zusätzliche 150 Gigawatt Offshore-Windkraft-Leistung aufgebaut werden. Auch andere große Offshore-Märkte wie die USA oder Taiwan werden die Konkurrenz um die vorhandenen, knappen Kapazitäten in der Industrie und der Schifffahrt weiter anheizen. "Die Offshore-Windindustrie benötigt eine große und von der Bundesregierung unterstützte Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive, einfache Investitions- und Finanzierungsbedingungen und die Förderung neuer Produktionskapazitäten, die für die erforderliche Liquidität in der herstellenden Industrie sorgen, sowie international faire Wettbewerbsbedingun-

gen", schreiben die beteiligten Organisationen, darunter der Bundesverband der Windparkbetreiber Offshore (BWO) und die Stiftung Offshore-Windenergie. "Besonders auf die Maßnahmen des US-amerikanischen Inflation Reduction Acts muss Europa eine starke, gemeinsame Antwort finden", heißt es in der Erklärung. Die Vereinigten Staaten wollen mit Subventionen und Steuervergünstigungen Unternehmen aus der ganzen Welt zu Investitionen in eine Energieversorgung auf Basis der erneuerbaren Energien motivieren - Investitionen in Kapazitäten, die dann in anderen Ländern fehlen könnten.

In den vergangenen Monaten hat die Bundesregierung mit Blick auf die deutsche Offshore-Windkraft-Industrie kaum etwas erreicht - auch dort nicht, wo sie es selbst unmittelbar in der Hand hätte. Aus der Insolvenzmasse der untergegangenen MV Werften in Mecklenburg-Vorpommern hat der Bund zum 1. August 2022 die Werft in Rostock-Warnemünde gekauft. Die am Montag zurückgetretene Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) hatte dort vergangene Woche ein neues Marinearsenal eingeweiht, in dem nun Marineschiffe gewartet werden. Der belgische Hersteller Smulders will auf dem südlichen Teil des Werftgeländes Konverterstationen für künftige Offshore-Windparks in der Nordsee bauen. Doch das Verteidigungsministerium hält sich seit Monaten bedeckt, ob diese Teilfläche freigegeben werden kann.

Im vergangenen Jahrzehnt hatten die Werften in Mecklenburg-Vorpommern, die damals dem Unternehmen Nordic Yards gehörten, einige der weltweit ersten Offshore-Konverterstationen gebaut. Sie werden benötigt, um den Strom von küstenfernen Windparks für den verlustarmen Transport in das Landnetz von Wechselstrom in Gleichstrom umzuwandeln. Nach einem zeitweisen Stopp des Offshore-Windkraft-Ausbaus wanderte der größte Teil der Offshore-Industrie vor einigen Jahren von den deutschen Küsten wieder ab.

Weil es derzeit keinen deutschen Anbieter mehr gibt, bestellte der Dortmunder Netzbetreiber Amprion dieser Tage für vier Milliarden Euro zwei Konverterstationen bei der Dragados-Werft im spanischen Cadix. Dort wird die Stahlhülle gefertigt und die Hochspannungselektronik des Herstellers Siemens Energy eingebaut. Der Netzbetreiber Tennet lässt seine bislang letzte bestellte Konverterstation bei Werften in China und in Indonesien fertigen. "Wir würden gern mit Aufträgen dazu beitragen, Planungssicherheit zum Aufbau einer Produktion für Konverterstationen auf der Warnow-Werft in Rostock-Warnemünde zu schaffen", sagte Peter Barth, Geschäftsführer von Amprion Offshore, WELT. "Dafür bräuchten wir aber von der Bundesregierung eine verbindliche Zusage über bis zum Jahr 2040 geplante und zu realisierende deutsche Offshore-Windpark-Projekte."

Aus Sicht der Windenergie-Agentur Bremerhaven (WAB) ließen sich eine ganze Reihe deutscher Werften bis zum Jahr 2030 wieder in die Offshore-Industrie einbinden. Mehr als zehn Werft-

Standorte seien für die beschriebenen Anforderungen der Offshore-Windkraft-Industrie in Deutschland schon heute geeignet, weitere könnten in den kommenden drei bis fünf Jahren hinzukommen. Die WAB hält eine Offshore-Windkraft-Produktion der deutschen Werften - Schiffe, Anlagen oder auch Bauteile für Fundamente - im Wert von jährlich zwei bis drei Milliarden Euro für realistisch. Bis zum Jahr 2030 könnten damit 6000 bis 9000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. "Es geht jetzt darum, schnell Maßnahmen für eine systemrelevante Stärkung des Beitrags der deutschen Schiffbauindustrie im Rahmen des Ausbaus der Offshore Windenergie zu realisieren, um die Industrie an die deutsche Nord- und Ostseeküste zu bringen", sagt WAB-Geschäftsführerin Heike Winkler. Steuern könne die öffentliche Hand dies vor allem über geeignete Finanzierungshilfen für die zumeist mittelständischen Wertunternehmen - und über die entsprechenden Vergabekriterien bei den Ausschreibungen für neue Offshore-Windparks und deren Landanschlüsse: "Die konkreten, geeigneten Ausschreibungsbedingungen und -kriterien für kritische Infrastruktur müssen die Produktion aller strategisch relevanten Schiffe und Anlagen zielgerichtet anreizen und einfordern", sagt Winkler. "Dadurch würde der systemrelevante Beitrag der Schiffbauindustrie im Rahmen des Ausbaus der Offshore Windenergie und die Teilnahme innerhalb des europäischen Binnenmarktes erheblich gestärkt werden."

Der Offshore-Branche in Deutschland warnt seit mehr als einem Jahr vor dro-

henden Engpässen, nachdem die Ampelkoalition in Berlin die Ausbauziele für die Offshore-Windkraft drastisch erhöht hat. "Vor uns liegt eine industriepolitisch extreme Herausforderung, da wir jede Menge zusätzliche Kapazitäten für die Turbinenproduktion, Häfen, Schiffe, Zulieferer sowie Fachkräfte für die gigantische Ausbauspitze brauchen, die in den Jahren 2029 und 2030 auf uns zukommt", sagt Martin Gerhardt, Deutschlandchef des Windturbinenherstellers Siemens Gamesa. "Gleichzeitig steigt auch die Nachfrage bei unseren europäischen Nachbarn sprunghaft an. Wir brauchen deshalb dringend eine europäische Industriestrategie für die Windenergie, um nachhaltig die erforderlichen Ressourcen auch im Sinne einer größeren Unabhängigkeit von Importen aufbauen zu können." In Cuxhaven betreibt das Unternehmen die modernste Fabrik für Offshore-Windturbinen weltweit. Das Werk ist eine der wenigen Industrieansiedlungen, die von der ersten Welle des Offshore-Windkraft-Ausbaus in Deutschland geblieben ist.

Die Bundesregierung sieht die Offshore-Windkraft als Fundament einer künftigen regenerativen Energieversorgung in Deutschland - und vor allem auch für eine sichere Stromversorgung der Industrie. Trotz des hohen Zeitdrucks bei den Ausbauzielen bleibt aber unklar, zu welchen Konditionen künftige Windparks vom Bund ausgeschrieben werden - und unter welchen Rahmenbedingungen die Betreiber ihre Gewinne damit werden erwirtschaften können.

**Abbildung:** Bauteile für den RWE-Offshore-Windpark Kaskasi auf dem Terminal des Unternehmens Buss in Eemshaven  
**Wörter:** 1172  
**Urheberinformation:** (c) Axel Springer SE